

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen

Jahrgang 224

Nr. 16 a

Bezugspreis:

Halle-Saale

Abzugspreis:

Verkaufsstelle Halle-Saale, Leipziger Straße 61/62 - Fernruf Zentrum 27 801

Donnerstag, 20. Januar 1927

Verkaufsstelle Berlin: Bernburger Str. 80. Fernruf am Kurier 91. 0200

Fraktionsbeschlüsse

Die Sozialdemokraten prinzipiell zur Zusammenarbeit mit der Mitte bereit

Berlin, 19. Januar. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nahm heute vor dem Beginn in einer Sitzung den Bericht des Fraktionsvorsitzenden über die Verhandlungen Dr. Marx wegen der Bildung eines Kabinetts der Mitte mit sozialdemokratischer Unterstützung entgegen.

Das Kommuniqué über die Sitzung der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei

Berlin, 19. Januar. Ueber die Sitzung der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei wird folgendes Kommuniqué ausgegeben: Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei nahm in ihrer heutigen Sitzung die Berichte ihrer Abgeordneten Dr. Schulz und Dr. Curtius über den bisherigen Gang der Regierungsbildung entgegen.

Die Wirtschaftliche Vereinigung zur Frage der Regierungsbildung

Berlin, 19. Januar. Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftlichen Vereinigung hat in ihrer heutigen Fraktionssitzung folgenden Beschluß gefaßt: Die Wirtschaftliche Vereinigung, deren Vertreter bisher noch nicht über ihre Stellungnahme befragt worden sind, hält an ihrem alten Standpunkt fest.

Die demokratische Reichstagsfraktion zur Frage der Reichswehr

Berlin, 19. Januar. Die demokratische Reichstagsfraktion beschloß heute Abend mit der Frage der Regierungsbildung. Die Fraktion beschloß, die Erklärungen des Reichslandtags Dr. Marx abzuwarten.

Cautionen im Reichstag

Berlin, 19. Januar. Der Beschluß des Reichstages, bis auf weiteres nur ganz kurze Sitzungen im Plenum abzuhalten und bis zum 27. Januar die nachfolgende Reichstagsperiode einzuleiten, hat zu der Versicherung nicht geführt, daß hinsichtlich der Regierungsbildung erst im Februar erfolge.

Fall fordere, daß die Sozialdemokratie unmittelbar an einer Regierung beteiligt werde. Dies ist aber nicht der Fall und so wäre die von Marx betriebene Zwischenlösung theoretisch möglich, wenn nicht die Volkspartei in einem ausdrücklichen Fraktionsbeschlusse darauf aufzupassen machte.

Wenn mit oder gegen tauglichen Kandidaten der Demokraten in parlamentarischen Kreisen um so weniger Bedeutung zu, als zwischen dem Zentrum und den Demokraten eine merkbare Vermittlung eingetreten ist.

Deutscher Reichstag

Berlin, 19. Januar. Präsident Lothe eröffnete die erste Sitzung nach dem Weihnachtsferien um 8 Uhr und begrüßte die Abgeordneten im neuen Jahr.

Ein Rückzug Kelloggs

New York, 19. Januar. Der Kongreß hat die Politik der amerikanischen Regierung gegenüber Mittelamerika erneut scharf befragt.

Zollfrauen im Preussischen Landtag

Berlin, 19. Januar. Vor Eintritt in die Tagesordnung bezeichnet Frau Fried (S. D.) die getriggerte Mitteilung des Abgeordneten Kuntze (S. D.) über die Besetzung von Zollfrauen zur Reichswehr als unrichtig.

Typus-Epidemie in Hannover werden an den Hauptauslöser zurückzuführen. Bei der Fortsetzung der gestern unterbrochenen Beratung der Heberlei über die Einnahmen und Ausgaben der Preussischen Landwirtschafskammern bezog sich Abgeordneter (S. D.) die Tätigkeit der Landwirtschafskammern als partiell.

Abg. Dr. Schwilke (D. L.) wies darauf hin, daß die Landwirtschafskammern als Parteiorganisation zurückzuführen sind. Nach weiterer Aussprache wurde der Ausschuftrag abgelehnt, der die Heberlei über die Einnahmen und Ausgaben der Preussischen Landwirtschafskammern für erledigt erklärt.

Es folgt die Besprechung eines vom Landwirtschafsausschuf zur Annahme empfohlenen Antrages der Volkspartei, wonach das Staatsministerium erklärt wird, beim Rechte für eine Stellung der Frage eines ausserordentlichen Zollsusses für Weizen und Zuder unter Beachtung der Belange für den Reichsforstbau einzutreten.

Abg. Schwilke (D. L.) wies darauf hin, daß im Gegenfall von Parteipolitik weit mehr Weizen eingeführt als ausgeführt werde, weshalb ein solcher Zollsuftrag für Weizen nicht möglich sei.

Abg. Graf Stolberg (D. Vgl.) legt dar, daß der vorliegende Antrag auch im Interesse der Arbeiter liegt, durch Schöpfung der Landwirtschaft die ganze Wirtschaft gehoben werde.

Abg. Graf Stolberg (D. Vgl.) wies darauf hin, daß im Gegenfall von Parteipolitik weit mehr Weizen eingeführt als ausgeführt werde, weshalb ein solcher Zollsuftrag für Weizen nicht möglich sei.

Abg. Graf Stolberg (D. Vgl.) wies darauf hin, daß im Gegenfall von Parteipolitik weit mehr Weizen eingeführt als ausgeführt werde, weshalb ein solcher Zollsuftrag für Weizen nicht möglich sei.

Abg. Graf Stolberg (D. Vgl.) wies darauf hin, daß im Gegenfall von Parteipolitik weit mehr Weizen eingeführt als ausgeführt werde, weshalb ein solcher Zollsuftrag für Weizen nicht möglich sei.

Abg. Graf Stolberg (D. Vgl.) wies darauf hin, daß im Gegenfall von Parteipolitik weit mehr Weizen eingeführt als ausgeführt werde, weshalb ein solcher Zollsuftrag für Weizen nicht möglich sei.

Abg. Graf Stolberg (D. Vgl.) wies darauf hin, daß im Gegenfall von Parteipolitik weit mehr Weizen eingeführt als ausgeführt werde, weshalb ein solcher Zollsuftrag für Weizen nicht möglich sei.

Abg. Graf Stolberg (D. Vgl.) wies darauf hin, daß im Gegenfall von Parteipolitik weit mehr Weizen eingeführt als ausgeführt werde, weshalb ein solcher Zollsuftrag für Weizen nicht möglich sei.

Abg. Graf Stolberg (D. Vgl.) wies darauf hin, daß im Gegenfall von Parteipolitik weit mehr Weizen eingeführt als ausgeführt werde, weshalb ein solcher Zollsuftrag für Weizen nicht möglich sei.

Abg. Graf Stolberg (D. Vgl.) wies darauf hin, daß im Gegenfall von Parteipolitik weit mehr Weizen eingeführt als ausgeführt werde, weshalb ein solcher Zollsuftrag für Weizen nicht möglich sei.

Abg. Graf Stolberg (D. Vgl.) wies darauf hin, daß im Gegenfall von Parteipolitik weit mehr Weizen eingeführt als ausgeführt werde, weshalb ein solcher Zollsuftrag für Weizen nicht möglich sei.

Abg. Graf Stolberg (D. Vgl.) wies darauf hin, daß im Gegenfall von Parteipolitik weit mehr Weizen eingeführt als ausgeführt werde, weshalb ein solcher Zollsuftrag für Weizen nicht möglich sei.

Abg. Graf Stolberg (D. Vgl.) wies darauf hin, daß im Gegenfall von Parteipolitik weit mehr Weizen eingeführt als ausgeführt werde, weshalb ein solcher Zollsuftrag für Weizen nicht möglich sei.

Abg. Graf Stolberg (D. Vgl.) wies darauf hin, daß im Gegenfall von Parteipolitik weit mehr Weizen eingeführt als ausgeführt werde, weshalb ein solcher Zollsuftrag für Weizen nicht möglich sei.





